BLITZLICHTER

Informationen aus der politischen Arbeit
in Berlin und für Bremen

SONDERAUSGABE - 30. September 2011

Dr. Carsten Sieling
Mitglied des Deutschen Bundestages

SONDERAUSGABE

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe gestern im Deutschen Bundestag der Ausweitung des Gewährleistungsrahmens des provisorischen Rettungsschirms *EFSF* (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) zugestimmt. Obwohl Risiken unabweisbar sind und eine Reihe von Regelungen, wie etwa die ausreichende Gläubigerbeteiligung des Finanzsektors über einen sogenannten Schuldenschnitt, nicht erfüllt sind, kann mit der *EFSF* der aktuellen Staatsschuldenkrise begegnet werden. Europa ist zu wichtig, um wegen einzelner Mängel am Rettungsschirm das Gesamtkonzept abzulehnen. Trotz aller Schwächen ist die *EFSF* derzeit die beste Möglichkeit, der Krise zu begegnen.

Das Gesetz beruht auf einer Vereinbarung der 17 Mitgliedsstaaten der Eurozone vom 21. Juli 2011 und soll dazu führen, dass die *EFSF* Kredite unmittelbar an notleidende Staaten vergeben kann. Dafür garantieren alle Eurostaaten. Da jedoch nicht alle Eurostaaten wie Deutschland die beste Bewertung der Ratingagenturen (AAA – dreifach A) haben, muss die Garantiesumme höher sein als die ausreichbare Kreditsumme. Die EFSF muss also „übersichert“ sein. Konkret bedeutet dies, dass der Gewährleistungsrahmen für die Kredite von 440 auf 780 Milliarden Euro angehoben werden muss. Die AAA-Staaten bürgen dann durch ihre gute Bewertung für die schwächeren Staaten der Eurozone mit.

Der erweiterte Euro-Rettungsschirm hat drei neue Elemente zur Verfügung, mit denen notleidenden Ländern geholfen werden kann:

1. Direkter Kauf bestehender Staatsanleihen von den bedrängten Staaten am sogenannten Primärmarkt. Damit wird die Europäische Zentralbank entlastet.
2. Vorsorgend Kredite an kriselnde Staaten vergeben.
3. Staaten Geld leihen, um ihre Banken zu retten (Rekapitalisierung). Der Kredit geht hierbei an den Staat, der ihn dann an die Bank weitergibt. Das heißt: Die *EFSF* interagiert nicht direkt mit den Banken.

Der Garantieanteil Deutschlands am *EFSF* ist nach dem gestrigen Beschluss von 123 auf 211 Milliarden gestiegen.

Der provisorische Eurorettungsschirm *EFSF* soll im Juni 2013 in den permanenten Rettungsschirm *ESM* (Europäischer Stabilitätsmechanismus) überführt werden. Der *ESM* kann auch abseits von akuten Krisen als dauerhafter Stabilitätsmechanismus fungieren, wenn die Mitgliedstaaten, wie bei einem Fonds, eine bestimmte Geldmenge einzahlen.

Ob die gestern beschlossene Erhöhung der *EFSF* ausreicht, ist umstritten. Sollte einer der bereits kriselnden Staaten, wie Italien oder Spanien, ebenfalls größere Kredite aus dem Rettungsschirm benötigen, wird das bestehende Kredit-

Impressum

ViSdP:
Dr. Carsten Sieling, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
☏ 030 . 227 - 71596

✉ carsten.sieling.ma01
@bundestag.de

Dr. Carsten Sieling, MdB

Meine Aufgaben

Mitglied im **Finanzausschuss**
Mitglied im **Gremium Sonderfonds Finanzstabilisierung** (SoFFin) • Mitglied im **Unterausschuss Kommunales** • Stellvertretendes Mitglied im **Haushaltsausschuss** • Stellv. Vorsitzender der **Arbeitsgruppe Kommunalpolitik** der SPD -Bundestagsfraktion • Stellv. Vorsitzender der **Landesgruppen Niedersachsen/Bremen** • Stellv. Sprecher der **Parlamentarischen Linken**

Bei Fragen oder Anliegen sprechen Sie mich gerne an!

Kontaktdaten

Mein Büro in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
☏ 030 . 227 - 71595
🖷 030 . 227 - 76212
✉ carsten.sieling@bundestag.de

Mitarbeiter:
Florian Leuthner
Johannes Tiefensee
Nils Kuhlmann

Mein Büro in Bremen:

Obernstr. 39-43
28195 Bremen
☏ 0421 . 35 018 25
🖷 0421 . 35 72 83
✉ carsten.sieling@wk.bundestag.de

Mitarbeiter:
Gisela Waltemathe
Knut Köstergarten
Sercan Alkaya

volumen nicht ausreichen. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass das Kreditvolumen bis zum Inkrafttreten des *ESM* nochmals angehoben werden muss. Auch über einen Schuldenschnitt für Griechenland muss geredet werden.

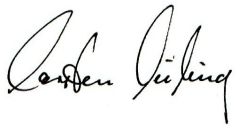
Als SPD wollen wir hierzu Klarheit, denn das scheibchenweise Vorgehen von Bundesregierung und Kanzlerin schafft Unsicherheit an den Finanzmärkten und erhöht damit die Risiken. Darüber hinaus ist diese Informationspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung unredlich.

Trotz der Unsicherheit spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion mehrheitlich für die Stabilisierung des Euros aus. Wir tun dies, weil die Zukunft der Europäischen Union und damit Wohlstand, Frieden und Zukunftschancen davon abhängen. Insbesondere Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg ist zu großen Teilen abhängig vom Export in andere europäische Länder. Dafür brauchen wir den Euro. Wir müssen also mit allen Mitteln verhindern, dass eine Kettenreaktion in Gang kommt, die eine erneute schwere Finanz- und Bankenkrise mit sich bringt und im schlimmsten Fall bisher stabile Staaten, wie die Bundesrepublik, betreffen könnte.

Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn es zu Zahlungsausfällen durch Staatspleiten käme. Diese Situation entstünde, wenn etwa Griechenland pleite wäre oder ganz aus der Währungsunion ausscheidet. Die Folgen einer griechischen Insolvenz für den Euroraum sind nicht absehbar. Auch gibt es bisher kein europäisches Verfahren, wie mit insolventen Staaten umzugehen ist.

Ein Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion ist jedenfalls keine Lösung. Die griechischen Staatsschulden würden sich nicht verringern und ohne den Rückhalt der Währungsunion hätte Griechenland noch weniger Chancen, sich zu rekapitalisieren. Die griechische Regierung hat ihre Schulden in Euro gemacht und wird sie auch in Euro zurückzahlen müssen. Das heißt: Der griechische Schuldenberg würde im Falle einer schwachen Drachme noch weiter wachsen. Verbunden wären damit katastrophale Folgen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und soziale Stabilität in Griechenland. Auf der anderen Seite wären auch zahlreiche Banken in Europa und Deutschland von einem Kreditausfall betroffen.

Gemäß dem Vertrag von Lissabon ist es sowieso nicht möglich, ein Land aus der Eurozone auszuschließen. Es handelt sich also um eine rein theoretische Diskussion. Würde es dennoch geschehen, ist ein Dominoeffekt zu befürchten: Der Verbleib anderer, schwächerer Staaten in der Währungsunion wäre nicht mehr garantiert, was zu schweren Unruhen an den Finanzmärkten und in Folge daraus auch für Wirtschaft und Demokratie führen würde.

Die *EFSF* ist daher kurz- und mittelfristig ein notwendiger Weg Griechenland zu helfen und die anderen Euro-Staaten vor den negativen Auswirkungen einer griechischen Staatspleite zu schützen. Noch effektiver wäre sie allerdings, wenn gleichzeitig ein Wachstumsprogramm, etwa aus EFSF-Mitteln finanziert würde, das die griechische Konjunktur ankurbelt, neue, nachhaltige Arbeitsplätze schafft und so Griechenland hilft, wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Herzliche Grüße